

# „So etwas macht mich wütend“

■ Keine Opfer-Therapie wegen Prozesstaktik? Elmshorner Tagung zu „Trauma und sexuelle Gewalt“



Tagungsreferenten: Dr. Sarah Biedermann (v.li.), Ralph Kortewille (Regio Klinik), Prof. Anja Henningsen, Prof. Heinz-Jürgen Voß, Viresha Bloemeke, Kirsten Böök, Bianca Tietz und Sophie Firlé (beide Wendepunkt e.V.). Foto: Götttsche

**Auf der 10. Interdisziplinären Traumafachtagung in Elmshorn ging es um den Themenschwerpunkt „Trauma und sexuelle Gewalt“, das aus verschiedenen Perspektiven und unterschiedlichen Fachrichtungen beleuchtet wurde. Veranstalter dieser Fachtagungen sind die Interdisziplinäre Trauma-Ambulanz Westholstein, der Verein Wendepunkt und die Regio Klinik Elmshorn.**

ELMSHORN. Was ist wichtiger: das Kindeswohl oder die Prozesstaktik? Im nordrhein-westfälischen Lügde stand offenbar Letzteres im Vordergrund, als es 2019 vor dem Landgericht Detmold um schweren sexuellen Missbrauch auf einem Campingplatz sowie um die Produktion und Verbreitung von Kinderpornografie ging. Im Zuge der Verhandlung sollen Polizei und Justiz Eltern missbrauchter Kinder nahegelegt haben, eigentlich notwendige Therapien für die Dauer des Verfahrens aufzuschieben. Das Argument: Die Glaubwürdigkeit der Aussagen der Kinder könnte ansonsten vor Gericht angezweifelt werden. „Wenn ich so etwas höre, macht es mich wütend“, kommentierte Kirsten Böök, Leitende Ministerialrätin im Niedersächsischen Justizministerium, derartige Ratschläge, wonach vor Beendigung eines Strafverfahrens keine Therapie begonnen werden dürfe. Sie fordert das Gegenteil: „Wenn ein Mensch krank beziehungsweise traumatisiert ist und eine Therapie benötigt, dann soll er sie auch bekommen. Hier herrscht eine extreme Verunsicherung, die Justiz sollte sich dieser Problematik bewusster werden.“

Kirsten Böök referierte über „Juristische Aufarbeitung und Therapie – ein Konflikt?“ Der Vortrag beleuchtete diese Frage aus juristischer und interdisziplinärer Sicht. Sie klärte die Sichtweise der Justiz und zeigte Lösungsansätze für Therapeutinnen und Therapeuten. Sie wies

unter anderem auf den aktuellen Leitfaden „Praxishinweise zum Verhältnis von Psychotherapie und Strafverfahren“ des Bundesjustizministeriums hin, als Download verfügbar. Erste Kernbotschaft: „Für ein pauschales Absehen von Psychotherapie während eines laufenden Strafverfahrens besteht im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit von Aussagen kein Anlass“, im Einzelfall sei zu prüfen, ob die Therapie die Zeugenaussage beeinflusst habe.

Dr. Sarah Biedermann (UKE Hamburg) berichtete über „Gewalt in der Kindheit – Folgen für Partnerschaft und Sexualität“. Hier gebe es häufig Probleme, aber für Betroffene sei es schwierig, eine adäquate Behandlung zu finden und zu bekommen, da es nur wenige Thera-

## „Gewalt in der Kindheit – Folgen für Partnerschaft und Sexualität“

peuten für dieses Gebiet gebe. Die Oberärztin stellte auf der Tagung unter anderem die von ihr entwickelte Gruppentherapie für Betroffene vor.

Viresha Bloemeke, Hebamme und Heilpraktikerin für Psychotherapie in Hamburg, ist auf Krisenbegleitung nach traumatischen Geburten spezialisiert. „Nach traumatischen Erfahrungen können die daraus folgenden Symptome das Wochenbett, die Bindung zum Kind, das Stillen oder auch eine Folgeschwangerschaft schwerwiegend überschatten.“ Probleme, die häufig auftreten. „Leider habe ich gut zu tun ...“ Sie praktiziert ein psychoedukatives Modell an Hand eines Märchens, um Traumafolgestörungen verstehbar zu machen und Auswege aufzuzeigen.

Sozial- und Sexualpädagogin Bianca Tietz (Wendepunkt, Leiterin der Präventionsabteilung) erläuterte

die Gefahren im digitalen Raum für Kinder und Jugendliche und die Täterstrategien, beispielsweise das Sexting, also sexuell eindeutige Nachrichten, Fotos oder Videos nicht einvernehmlich digital zu verschicken, oder das Cyber Grooming, also die Manipulation Minderjähriger, um sie sexuell in eine Falle zu locken. „Die missbräuchliche Verbreitung solcher Bilder nimmt deutlich zu“, so Bianca Tietz.

Prof. Anja Henningsen (FH Kiel) hat junge Menschen zu ihren Sichtweisen auf Sexualität und Gewalt befragt. Ein Ergebnis: Jugendliche haben durchaus ein differenziertes Gewaltverständnis. Sie wissen demnach, wo es Grenzen gibt, Einvernehmlichkeit sei wichtig. Zugleich sei verbale Gewalt alltäglich. „Sich selbst Grenzen zu setzen, fällt vielen jungen Menschen schwer“, so Prof. Henningsen. „Gleichzeitig halten sich bei ihnen immer noch gesellschaftliche Mythen über Sexualität und sexualisierte Gewalt, die den Opfern eine Mitschuld geben.“ Ein Victim-Blaming im Stil von „wenn der Rock zu kurz ist ...“. Vergewaltigungsmymen üben, so Prof. Henningsen, immer noch Einfluss aus.

Prof. Heinz-Jürgen Voß (Hochschule Merseburg) hat für den Burgenlandkreis ein Konzept zu interkultureller und intersektionaler sexueller Bildung entwickelt. Hintergrund: Fachkräfte sind oft in stereotypen Vorstellungen über migrantische Jugendliche gefangen. Diese Klischees und Vorbehalte seitens der Fachkräfte stünden einer vernünftigen sexuellen Bildung von jungen Geflüchteten entgegen. In dem burgenländischen Praxisprojekt sollen die Fachkräfte hierfür fit gemacht werden – dazu gehört auch die Sensibilisierung gegenüber eigenen rassistischen Vorstellungen. Die angebotenen Kurse werden, so Prof. Voß, sehr gut angenommen. „Hier ist etwas in Bewegung geraten.“

Michael Götttsche

# Abgang eines Hoffnungsträgers

■ Eklat in Bremen-Ost: Dr. Martin Zinkler von Dr. Martin Bührig abgelöst

BREMEN (hin). Dr. Martin Zinkler ist gegangen: Der als Reformator von Heidenheim nach Bremen geholte Psychiatrie-Chefarzt sollte am 23. Dezember das Klinikum Bremen-Ost verlassen. Von „tiefen Zerwürfnissen auf verschiedenen Ebenen“ ist die Rede. „Da ist viel Porzellan zerbrochen“, so Ulrich Wesseloh vom Arbeitskreis „Neue Psychiatrie im Bremer Westen“ gegenüber dem EPPENDORFER. Martin Zinklers Aufgaben übernimmt Dr. Martin Bührig, der künftig als alleiniger Chefarzt der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie fungiert.

Martin Zinkler war 2021 nach Bremen gewechselt, um hier den „Transformationsprozess“ der stockenden Psychiatriereform voranzubringen. Im wesentlichen ging es dabei um den Abbau von Betten zugunsten ambulanter Versorgungsstrukturen sowie die Reduktion von Zwangsmaßnahmen und die Einführung eines Regionalbudgets. Letzteres gelang auch Anfang 2024. Doch im Hintergrund brodelte

## Arbeitskreis äußert schwere Vorwürfe gegenüber dem Bremer Klinikverbund

Es scheint u.a. um unterschiedliche Ansichten zum Thema Zwangsmaßnahmen bzw. gewaltfreie Psychiatrie zu gehen. Offiziell heißt es in einer Pressemitteilung: „Dr. Martin Zinkler verlässt die Gesundheit Nord im gegenseitigen Einvernehmen.“

Dem Weser-Kurier sagte die Sprecherin der GeNo, Zinkler gehe „auf eigenen Wunsch, weil zwischen ihm und der Gesundheit Nord keine Einigung über die zukünftige Ausrichtung der Klinik gefunden werden konnte“. Wie die Zeitung zum Hintergrund weiter berichtete, habe der therapeutische Ansatz, Menschen nur noch in zwingenden Ausnahmefällen stationär mit freiheitsentziehendem Charakter aufzunehmen, Zinkler in Konflikt mit der Polizei gebracht. Es hätten sich Fälle gehäuft, „in denen Beamte psychisch stark gestörte, gewalttätige Personen in Bremen-Ost abliefern, nur um ihnen wenig später bei einem weiteren Einsatz erneut zu begegnen. Die Psychiatrie hatte sie rasch wieder auf freien Fuß gesetzt.“ Auch von gerichtlich eingesetzten Betreuern psychisch Kranker sei deutliche Kritik gekommen.

Zum Politikum sei auch die hohe Zahl sogenannter Entweichungen psychisch Kranker aus geschlossener Unterbringung geworden. „Zwischen September 2023 und Februar 2024 gab es 54 solcher Fälle. Darunter einen, der besonders tragisch endete. Im Dezember vergangenen Jahres stach eine 28-Jährige, die sich eigentlich in der geschlossenen Abteilung der KBO-

Psychiatrie aufhalten sollte, den Lebensgefährten ihrer Mutter nieder“, berichtete das Blatt.

Martin Bührig solle nun den Weg in Richtung Regionalisierung und Ambulantisierung der Psychiatrie fortführen, teilte die Pressestelle der GeNo mit. Beides war 2013 im Bürgerschaftsbeschluss als Ziel der Psychiatriereform formuliert worden. „Diesen Weg werden wir engagiert weiter gehen“, so Dr. Martin Bührig. Er hatte bereits im vorigen Jahr zusätzlich zur Psychiatrieleitung in Bremen-Nord auch die Leitung der Behandlungszentren West und Süd übernommen und war damit auch in die Leitung der Psychiatrie am Klinikum Bremen-Ost eingestiegen.

„Wir freuen uns, dass Dr. Bührig nun bis zu seinem Ausscheiden in den Ruhestand die Gesamtleitung übernimmt“, sagt Dr. Dorothea Dreizehnter. „Er wird mit seiner umfangreichen Erfahrung und seiner anerkannten fachlichen Kompetenz dafür sorgen, dass die Transformation der Psychiatrie im Sinne aller Betroffenen und Beteiligten weiter umgesetzt wird.“

Vor Bekanntwerden der Trennung hatte der Arbeitskreis „Neue Psychiatrie im Bre-

mer Westen“ in einem offenen Brief an die Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) schwere Vorwürfe gegenüber dem Bremer Klinikverbund geäußert. Die Geschäftsführung der GeNo scheinete sich nicht in der Verantwortung zu sehen, heißt es in dem Brief, „den Transformationsprozess aktiv zu begleiten bzw. umzusetzen, sondern torpediert ihn vielmehr – insbesondere durch personalpolitische Entscheidungen.“

Dr. Martin Zinklers Expertise habe maßgeblich zur erfolgreichen Einführung der neuen Finanzierungsform als Modellprojekt beigetragen. Doch jetzt dürfe er „den begonnenen Transformationsprozess anscheinend nicht zu Ende bringen“. Es entstehe der Eindruck, dass „ein ‚unbequemer‘ leitender Mitarbeiter aus seinem Amt gedrängt“ werden solle.

„Noch fataler ist, dass aus unserer Sicht die falsche Person gehen muss“, heißt es weiter. Eine Folge: Viele MitarbeiterInnen der GeNo und der anderen Beteiligten an dem Transformationsprozess seien demotiviert, würden in ihrer Motivation aber ausgebremst – „schlimmer noch – sie verlassen den Bereich“.

Dr. Martin Zinkler will nach seinem Abgang in Bremen bleiben, sagte er im Dezember der taz: „Aber ich weiß noch nicht, was ich beruflich machen werde.“



Ein Bild aus der optimistischen Anfangszeit im Jahr 2021: Dr. Martin Zinkler sollte die Bremer Psychiatriereform voranbringen. Foto: Archiv